

8/11. 1917

## Die Lösung der polnischen Frage. Der Eindruck im Parlament.

Wien, 7. November.

Die Nachricht über die Pläne für die künftige Gestaltung in Polen, Litauen und Kurland wurde im Abgeordnetenhaus aus den Zeitungen bekannt und fand viel Beachtung. Abgeordnete aller Parteien beschäftigten sich mit den dadurch aktuell werdenden Fragen. Im nachstehenden bringen wir die Äußerungen mehrerer Abgeordneter.

### Vizepräsident Hofrat German.

Es ist ja leicht möglich, daß es dem deutschen Kaiser und dem Grafen Hertling gelungen ist, den Widerstand, der sich in maßgebenden Kreisen Deutschlands gegen das Projekt erhoben hat, zu beseitigen. Selbstverständlich wünschen und hoffen wir Polen, daß sich die heutigen Nachrichten über das Königreich Polen bewahrheiten mögen. Was die ukrainischen Teile Galiziens betrifft, ist eine Teilung des Landes ausgeschlossen. Aber wir werden selbstverständlich den Ukrainern alle nur erwünschten Freiheiten gerne zugestehen. Wir Polen, die immer nur Gerechtigkeit erlangen und selbst sehr gut wissen, wie man als Minderheit leiden kann, werden allen Minoritäten im Königreich Polen volle Gerechtigkeit widerfahren lassen.

### Reichsratsabgeordneter Daszynski.

Durch den Wandel der Dinge infolge des Rückzuges unserer Truppen nach der Affäre von Luck wurden die von Oesterreich-Ungarn und Deutschland im Hinblick auf die künftige Ausgestaltung der Beziehungen zum Königreich Polen gehegten Pläne aufgeschoben, aber nicht aufgehoben. Die freundschaftlichen Gedanken, welche man in Oesterreich für die Entwicklung der polnischen Interessen hegt, müßten den Plan, der jetzt der Verwirklichung nähergerückt scheint, früher oder später zur Tat werden lassen. Was die Schaffung der zwei neuen Staaten anbelangt, so gehörte das Gebiet von Suwalki, das mit 60 Prozent seiner Bevölkerung litauisch ist, zum Königreich Polen, während die Gouvernements Grodno und Wilna, deren Bevölkerung zum größten Teile polnisch ist, nach Litauen eingereiht erscheinen. Man darf wohl erwarten, daß dieser Fehler bei der Neuordnung der Dinge dahin verbessert wird, daß Grodno und Wilna dem polnischen, Suwalki dem litauischen Gebiet angegliedert werden. Was die Frage betrifft, wie mit den ukrainischen Teilen Galiziens verfahren werden soll, wenn Galizien in seiner Gänze an Polen fällt, so verweise ich darauf, daß der Polenklub auf Grund des kaiserlichen Handschreibens vom 5. November 1915 in dreimonatiger Beratung einen Verfassungsentwurf für Galizien ausgearbeitet hat, welcher den Teilen des ruthenischen Volkes, die dem polnischen Staatsgefüge einverleibt werden sollen, in solchem Ausmaß von Autonomie zugesteht, wie es nur überhaupt in dem freiesten und vorgeschrittensten Staate der Welt möglich ist. Selbstverwaltung, nationale Kurien, den Vertretungskörpern, Universität und sonstige nationale und kulturelle Erfordernisse sind den Ukrainern in dieser Verfassung gewährleistet. Für die Polen ist die heutige Ankündigung eigentlich keine Ueberraschung, wohl aber eine unangenehme Bestätigung ihrer Ueberzeugung, daß Oesterreich-Ungarn und Deutschland im eigenen Interesse bemüht sind, die Sympathien der Polen zu erhalten.

### Abgeordneter Freiherr v. Gök.

Zu höchster Spannung erwarten wir die weiteren Nachrichten über den Stand der polnischen Frage. Ich gehöre einer Partei an, die in dieser Frage ein Programm aufgestellt hat, das nun verwirklicht werden soll. Trotz aller Veränderungen, die der Krieg mit sich brachte, hielten wir an diesem Programm fest, weil es vernünftig war und eine

Reihe von äußerst schwierigen Fragen löste, die im Zusammenhang mit der polnischen Frage stehen. Ich brauche diese einzelnen Fragen nicht zu erwähnen, jeder Politiker kennt sie. Die Lösung, von der wir heute hörten, erfüllt auch unsern innigsten Wunsch, die Habsburger Dynastie auf dem polnischen Thron zu sehen. Es ist daher nicht erst nötig, zu sagen, mit welchen Gefühlen wir diese Nachricht empfangen. Wir werden den Sieg der Gerechtigkeit und Weisheit, der sich bei dieser Lösung zeigen wird, festlich begehen.

### Abgeordneter Dr. Konstantin Lewicki.

Die Ukrainer sind entschieden dagegen, daß irgendwelche Bestandteile unseres ethnographisch ukrainischen und historischen Gebietes in irgendeiner Form an den polnischen Staat angegliedert werden. Wir verlangen, daß unser Gebiet als reichsunmittelbar erklärt werde und bei Oesterreich verbleibe. Sollte Oesterreich uns nicht mehr haben wollen, so fordern wir den Anschluß an die ukrainische Republik. Die Errichtung eines eigenen polnischen Staates, der auch ukrainische Gebiete umfassen soll, verstößt gegen den Begriff der Befreiung der Nationen, der ja als Ziel des Krieges bezeichnet wurde. Die polnische Nation hat nur das Recht auf die von Polen bewohnten Gebiete, aber nicht auf unsere, und wir würden uns gegen die Vereinigung mit dem polnischen Staate entschieden verwahren.

### Abgeordneter Dr. Stöblzel.

Die nach den neuesten Nachrichten in Aussicht genommene Lösung der polnischen Frage kann die Öffentlichkeit nicht überraschen, da ähnliche Erwägungen ja bereits im Jahre 1915 obgewaltet haben sollen. Aufgabe der leitenden Staatsmänner der Centralmächte wird es sein, rechtzeitig, schon bei Festlegung der entscheidenden Tatsachen, weitblickend in die Zukunft, solche Sicherungen zu schaffen, daß die gewiß die polnische Nation befriedigende Lösung auch ein dauerndes gutes Einvernehmen der Bewohner des künftigen Königreiches Polen mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland gewährleistet. Daß es aber im allseitigen Interesse liegt, daß dieses Einvernehmen besteht, beweist der Verlauf dieses Krieges, und wir wollen hoffen, daß gerade bei der polnischen Nation nie vergessen werde, auf welche Weise der Traum von der Wiederaufrichtung des Königreiches Polen zur Wirklichkeit wurde.

## Die Beratungen zur Lösung der polnischen Frage.

Berlin, 7. November.

Zu den Meldungen einzelner Blätter über die Lösung der polnischen Frage wird maßgebenden Orts folgendes erklärt: Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen und dauern fort. Was die Blätter über die angebliche Lösung gebracht haben, beruht auf Kombinationen.